

Frankenberger Tageblatt

Das Tagesblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Verkaufspreis bei Abnahme in den Hauptstädten der Stadt 2.00 RM, in den Hauptstädten des Reiches 2.10 RM, bei Zustellung im Gebiete 2.15 RM, bei Zustellung im Ausland 2.50 RM.
Wochenpreis 30 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Gesamtbestellnummer 20 Pfg.
Verlagsadresse: Leipzig 2001, Gabelsbergerstraße 11, Frankenberg.
Telefonnummer: 21. — Telegrammnummer: Tageblatt Frankenberg.

Bezirks-Anzeiger



Wapenpreis: 1 Millimeter Höhe einseitig (= 30 mm breit) 7½ Pfg., im Restbestell (= 72 mm breit) 30 Pfg. Kleinere Wapen sind bei Wapen zu bezahlen, für Wapen und Wapen 20 Pfg. Wapenpreis. — Die Wapenpreise sind für Wapen und Wapen 20 Pfg. Wapenpreis. Bei großen Wapen und im Wapenpreis sind Wapen nach Wapen zu bezahlen.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Zöbisch, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt
Rotationsdruck u. Verlag: E. G. Koberg (Inh. Ernst Koberg) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert, Frankenberg

Nr. 302

Mittwoch den 30. Dezember 1931 nachmittags

90. Jahrgang

Kurzer Tagespiegel

Der Arbeitsausschuss des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost beschloß, dem Plenum des Verwaltungsrates zu empfehlen, die Gebühr für die Postkarte von 8 auf 7 Pfennig zu ermäßigen. Dagegen soll die Ermäßigung der Telegramm- und Fernsprechtsgebühren unterbleiben.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hatte die Spitzenvertretungen der deutschen Gewerkschaften zu einer Besprechung gebeten, in der alle Fragen der Preisbildung, soweit sie Gegenstände und Leistungen für den lebenswichtigen Bedarf betreffen, behandelt wurden. Von den Verbänden ist der Wille zur Mitarbeit bereitwillig bezeugt worden.

Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoelst, ist am Dienstagabend in Berlin eingetroffen.

Der chinesische Marschall Tchang-hsuehling hat beschlossen, dem Vorschlag der Japaner auf Kinnshau keinen weiteren Widerstand entgegenzusetzen und seine Truppen hinter die chinesische Mauer zurückziehen.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson empfing nach dem deutschen Botschafter v. Bilitz und den französischen Botschafter Claudel. In unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß die Reparations- und Kriegsschuldenfrage erörtert wurde.

Die englischen Wäpner bezeichnen die Gerüchte über ein französisch-englisches Einvernehmen über die Tribute als verfrüht, da die französische Regierung ihre in Genf zu verfolgende Politik noch nicht endgültig festgelegt habe.

In Washington amtlichen Kreisen rechnet man damit, daß die deutschen Reparationszahlungen im kommenden Sommer nicht wieder aufgenommen werden.

Am Dienstag begann in Finnland die Wählung über das Alkoholverbotsgesetz, die zwei Tage dauert. Während die Lappo-Wäpner und die gesamte bürgerliche Presse Finnlands gegen das Verbot Stellung nehmen, verteidigen Sozialdemokraten und Agrarpartei das Verbot mit allen Kräften.

Keine Verlängerung des politischen Burgfriedens

In der Berliner politischen Öffentlichkeit waren Gerüchte aufgetaucht, daß eine Verlängerung des am 4. Januar ablaufenden politischen Burgfriedens eventuell in abgewandelter Form geplant sei. Diese Gerüchte sind unzutreffend. Die Reichsregierung ist überzeugt, daß die in der Notverordnung vom 8. Dezember enthaltenen Bestimmungen über das allgemeine Uniformverbot und den Ehrenschutz für die im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten ausreichen, um allzu große Ausschreitungen zu verhindern. Der Bestimmungsmöglichkeit sollen ab 4. Januar grundsätzlich keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt werden. Das geht u. a. aus dem Bericht des Reichsfinanzministers Dietrich über die Absicht hat, am 4. Januar in Nürnberg zu sprechen und am 5. und 6. Januar an der Dreiflingstagung der württembergischen Demokraten in Stuttgart teilzunehmen.

Auch an einem Erfolg der Bestimmungen über den politischen Burgfrieden durch das vor einiger Zeit von Groener geforderte Gesetz gegen die Staatsverleumdung ist nicht gedacht. Wir hören zuverlässig, daß die grundsätzliche vom Kabinett bereits gebilligte Vorlage nicht auf dem Notverordnungswege verhandelt werden soll, sondern daß man sie den normalen gesetzgeberischen Weg über Reichstag und Reichsrat passieren lassen will.

Die Senkung der Postgebühren

Fernpostkarte auf 7 Pfg. ermäßigt

Berlin, 29. 12. Amtlich wird mitgeteilt: Der Arbeitsausschuss des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost beriet heute (Dienstag) eingehend die Vorlage, die der Reichspostminister zur Senkung wichtiger Post- und Fernmeldegebühren gemacht hatte. Es wurde beschlossen, dem Plenum des Verwaltungsrates zu empfehlen, die Vorlage der Verwaltung mit gewissen Modifikationen anzunehmen. In Abweichung von der ursprünglichen Vorlage soll die Gebühr für die Fernpostkarte von 8 auf 7 Pfennig ermäßigt werden, dafür aber die von der Verwaltung

3 jähriges Moratorium

Die englisch-französischen Einigungsgerichte verfrüht

Die englisch-französischen Tributverhandlungen

Paris, 30. 12. (Frankfurt) Der englische Finanzsachverständige Keith Koh wird Ende dieser Woche in Paris erwartet, wo die französisch-englischen Verhandlungen über die Tributfrage wieder aufgenommen werden sollen. Nach der französischen Presse zu urteilen, haben die nach Weisnachten auf diplomatischem Wege geführten Besprechungen bereits zu einer weitgehenden Annäherung der beiderseitigen Auffassungen geführt. Der Londoner Sonderberichterstatter des "Echo de Paris" kündigt die großen Linien der Regelung an, über die sich England und Frankreich einig werden würden, soweit diese Einigung nicht bereits getroffen sei.

Nach diesem Programm soll Deutschland ein Moratorium von dreijähriger Dauer zuerkannt werden. Der ungefähre Teil soll fortlaufend an die WZ gezahlt werden und von dort aus in Form eines französischen Kredits an die Reichsbahn zurückgeführt werden. Als Gegenleistung soll die Reichsregierung sich verpflichten, sowohl an Frankreich als auch an einige französische Vasallenstaaten, wie Rumänien und Südspanien, Sachlieferungen in geringem Umfang durchzuführen. Nach Ablauf des dreijährigen Moratoriums soll die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erneut geprüft werden.

Die Reichsregierung soll sich außerdem verpflichten, mit den amerikanischen, englischen und französischen Banken sowie mit den übrigen Gläubigern von Privatschulden ein Abkommen zu schließen, das die teilweise Rückzahlung der kurzfristigen Kredite vorsieht. Die Gläubiger mächtige Deutschlands ihrerseits sollen gegenüber Amerika die notwendigen Schritte unternehmen, um die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, daß ihre Unterstützung zur Wiederaufrichtung der europäischen Wirtschaft eine parallele Herabsetzung der internationalen Schulden unbedingt notwendig mache.

Auch der "Welt Parisien" unterstreicht, daß man in englischen Kreisen den Gedanken einer endgültigen Neuregelung der Reparationen aufgegeben habe. Die französische These von einer provisorischen Einigung habe sich vielmehr auch in London durchgesetzt, weil sie angesichts der amerikanischen Haltung am besten den Notwendigkeiten der augenblicklichen Lage entspreche.

Auch die Meinungsverschiedenheiten, die vor einigen Wochen über den Vorrang der kurzfristigen Kredite vor den Reparationen und umgekehrt aufgetaucht seien, seien auf bestem Wege beigelegt zu werden. Angesichts der Vorschläge der Botschafter Sachverständigen, so schreibt das

vorgeschlagene Ermäßigung der Telegrammgebühren und der Postwurfsendungen unterbleiben.

Unter der Voraussetzung, daß das Plenum des Verwaltungsrates morgen (Mittwoch) dem Beschlusse eines Arbeitsausschusses zustimmt, werden also gefestigt werden: die Gebühren für Drucksaften, für gewöhnliche Pakete, für die Orts- und Ferngespräche sowie für die Nebenstellenanlagen in der vom Reichspostministerium vorgeschlagenen Form und darüber hinaus die Gebühren für eine Fernpostkarte von 8 auf 7 Reichspfennig. Es soll damit eine Regelung getroffen werden, die sowohl der Anhebung der Wirtschaft dienlich ist wie auch dem Interesse der breiten Massen unseres Volkes, soweit das eben in den Kräften der Deutschen Reichspost steht.

Die Volksabstimmung

über das Alkoholverbot in Finnland

Helsingfors, 29. 12. Am Dienstag begann in Finnland die Volksabstimmung über das Alkoholverbotsgesetz, die zwei Tage dauert. Während die Lappo-Wäpner und die gesamte bürgerliche Presse Finnlands gegen das Verbot Stellung nehmen, verteidigen Sozialdemokraten und Agrarpartei das Verbot mit allen Kräften. Die Verbotsanhänger haben eine riesige Propaganda entfaltet. Ein Teil der finnländischen bürgerlichen Presse behauptet, daß der Propagandaschub der Verbotsanhänger von Alkoholschmugglern und ausländischen Spiritusfirmen bereitgestellt worden ist. Für die Zukunft der finnländischen Wirtschaft

Blatt, verliere diese Frage sehr viel an Bedeutung und ihre Weiterbehandlung werde in Anbetracht des neuen Moratoriums, das man Deutschland gewähren wolle, zumindest verschoben werden können.

Die City gegen vorübergehende Lösung der Tributfrage

London, 30. 12. (Frankfurt) Der Pariser Korrespondent der "Times" berichtet, daß die Gerüchte von einem englisch-französischen Einvernehmen über die Tribute und die Abklärung noch verfrüht seien, da die französische Regierung ihre in Genf zu verfolgende Politik noch nicht endgültig festgelegt habe und auch die englischen Entschlüsse noch nicht ausgereift seien. Daraus sei auch die Verzögerung in der Abreise des Finanzsachverständigen Keith Koh nach Paris zurückzuführen.

Die City so berichtet "Financial Times" betrachtet die Aussichten der Konferenz durchaus pessimistisch. Ein Moratorium gestalte keinerlei Hoffnung auf eine Wiederherstellung des Vertrauens und der wirtschaftlichen Wohlfahrt.

Die Stabilisierung des Pfundes könne nicht durchgeführt werden. Die Moratorien würden bald auf alle Arten von Schäden übergreifen und die Währungsregulierung völlig erschüttern. Eine zeitweilige Regelung könne nur die Lage weiter verschärfen. Das sei vielleicht das Beste an der ganzen Regelung, da dann möglicherweise Amerika und Frankreich endlich Bestand annehmen würden. Sollte die Konferenz keine Streichung der Tribute bringen, so erwarte man von Deutschland den ersten Schritt und niemand ohne Deutschland einen Vorwurf daraus machen könne. Ein derartiger Schritt würde der Ausgangspunkt einer wirklichen Wiedergeburt der Welt sein, da die Krise zu 90 Prozent psychologischer Natur sei und die Beendigung des furchtbaren Tributtraumes schon wesentlich zu einer optimistischeren Stimmung beitragen werde.

Nimmt Laval an der Reparationskonferenz teil?

Paris, 29. 12. In gutunterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß Laval persönlich die Führung der französischen Abordnung auf der Reparationskonferenz übernehmen wird. Allerdings glaubt man nicht, daß der Ministerpräsident den Verhandlungen bis zum Ende beiwohnen wird, da ihm die Kammerberatungen eine längere Abwesenheit nicht erlauben. Laval wird wahrscheinlich nur zwei Tage an den Verhandlungen teilnehmen, um die französische These zu entwickeln.

Die Verhaftung dieser Volksabstimmung entscheidend. Sollen die Verbotsanhänger siegen, dann erscheint der Ausgleich im finnischen Staatshaushalt fast unmöglich. Wird das Verbot abgelehnt, so schieben Finnland sofort Wapennummern aus dem Alkoholverbot zu. Die großen Alkoholvorräte des finnländischen Staates, die aus konfiszierten Schnuggelbeständen stammen, sollen nach Aufhebung des Verbotes in den Handel gebracht werden. Das Ergebnis der Abstimmung wird erst in einigen Tagen vorliegen.

Devahelm-Anlage fertiggestellt

Berlin, 28. 12. Die Anlage für die in Sachen Devahelm ist jetzt fertiggestellt. Entsprechend dem Ergebnis der haarscharfsten Ermittlungen und der Voruntersuchung ist wegen Betruges, Untreue, Konkursvergehens und Urkundenfälschung eine Anklage erhoben gegen die früheren leitenden Persönlichkeiten des Devahelm-Konzerns, soweit sie in das Verfahren einbezogen worden sind, nämlich gegen Pfarrer Dr. Cremer, seinen Sohn, Generaldirektor Jappel, dessen Bruder, weiter gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden der Bauingenieurgesellschaft des Deutsch-Englischen Volksbundes in Walleim, Pfarrer Müller, den Geschäftsführer der Bauingenieurgesellschaft Rods und gegen den früheren Bevollmächtigten für die Auslandsanleihe des Zentralausschusses der Inneren Mission, Kaufmann Clemens. Mit der Durchführung des Devahelm-Prozesses ist für Ende Januar oder Anfang Februar zu rechnen.

Vor neuen Lohnkämpfen in Ostoberschlesien

Kattowitz, 29. 12. Der Arbeitgeberverband hat die Lohnsätze im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie zum 31. Januar gekündigt. Ebenso sind die Gehaltsstaffeln der Angestellten zum gleichen Zeitpunkt gekündigt worden. Der Arbeitgeberverband fordert eine Herabsetzung der Gehälter um 40 v. H. Für die Lohnkürzung ist ein bestimmter Sach nach nicht genannt worden; aber auch hier wird voraussichtlich eine wesentliche Herabsetzung gefordert werden.

Bei dem Demobilisierungskommissar finden fortgesetzt Besprechungen statt, da immer wieder Genehmigungen zu Stilllegungen beantragt werden. U. a. soll auch ein Antrag auf Stilllegung der Alexphas-Grube und der Alexander-Grube vorliegen. Die Lohn- und Tarifverhandlungen dürften kurz nach Neujahr ausgenommen werden.

Große Streiforbereitungen der Kommunisten im Ruhrgebiet

Essen, 29. 12. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung berichtet in ihrer Mittwochsmorgenausgabe in großer Aufmachung, daß sich im Ruhrgebiet ein kommunistischer "zentraler Kampfausschuss der Ruhrarbeiter" gebildet habe, der sich in einem Aufruf an die gesamte Ruhrarbeiterchaft wende, um einen umfassenden Massenstreik der Betriebe mit Unterstützung der Erwerbslosen und aller Wohlfahrts-, Rotkassen- oder Pflichtarbeiter auf breiter Basis vorzubereiten.

Die "RZ" bemerkt hierzu u. a.: Diefem Aufruf ist sehr ernste Bedeutung beizulegen. Er läßt erkennen, daß die RGO (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) sich auf die illegalität umstellen begonnen hat. Zur Vorbereitung des Streiks sind alle kommunistischen Organisationen alarmiert worden, d. h. ein Kurierdienst ist eingerichtet worden, die Kampfausschussmitglieder sind in Funktion. Illegale Quartiere und Adressen sind vorbereitet. Auf vielen Werkstätten haben in der letzten Zeit Mitgliederversammlungen der revolutionären Organisationen stattgefunden, um die Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen. Am Abend des 1. Januar soll noch eine Alarmierung aller revolutionären Organisationen zum Zwecke der Unterbringung der letzten Anweisungen abgehalten werden. Der eigentliche Streik soll wahrscheinlich am 2. Januar beginnen. Besondere Aufmerksamkeit soll der Arbeit innerhalb der freien und der christlichen Gewerkschaften gewidmet werden, die man für den Streik gewinnen will.

Die Streiforbereitungen sollen sich auch auf die Kreise außerhalb der eigentlichen Arbeiterchaft erstrecken.

Kommunistische Flugblattverteiler verhaftet

Dortmund, 29. 12. Wie der Polizeibericht meldet, verteilten in der Nacht zum Dienstag mehrere Kommunisten an der Zeche Westhausen Flugblätter, in denen zum allgemeinen Streik vom 2. Januar ab aufgefordert wird. Bei der Flugblattverteilung kam es in der Nähe des Zecheeinganges zu einer erheblichen Ansammlung, die das Herbeirufen des Ueberrasskommandos notwendig machte. Den Beamten gelang es, die Verteiler der Flugblätter festzunehmen. Aus der Menge heraus versuchten Kommunisten, die Festgenommenen zu befreien. Dabei wurden die Beamten ernstlich bedroht, so daß sie von der Schutzmasse Gebrauch machen mußten, um die Menge zurückzuhalten. Verletzte sind hierbei nicht zu beklagen. Bei den Festgenommenen vorgenommene Hausdurchsuchungen förderten zahlreiche Flugblätter und illegale Druckschriften zutage, die beschlagnahmt wurden. Die Festgenommenen wurden der Politischen Polizei in Dortmund zugewiesen.

Neue polnische Zollmaßnahmen

Warschau, 29. 12. Wie bereits erwartet, werden am Mittwoch im amtlichen Verordnungsblatt vier wichtige Zollverordnungen veröffentlicht werden, die die polnische Regierung zur Rettung der Handelsbilanz für notwendig erachtet. Die neuen Zollmaßnahmen werden u. a. Zollserhöhungen, Zollermäßigungen, Ausfuhrprämien namentlich für Textilwaren und Einfuhrverbote für über 70 Haupt- und 200 Interpositionen des polnischen Zolltarifes umfassen und in der Hauptsache solche Artikel betreffen, die aus der Tschechoslowakei, England und Frankreich eingeführt werden. Eine Reihe dieser Einfuhrverbote sind